

Der Fall Ruslan Kotsaba

Verfahren gegen ukrainischen Journalisten und Kriegsdienstverweigerer wird neu aufgenommen

Angriffe durch Neonazis



Ruslan Kotsaba

“Ich weiß, dass die Mobilisierung unter Kriegsrecht erklärt wird. Ich gehe lieber ins Gefängnis, als jetzt in den Bürgerkrieg zu gehen und meine Landsleute, die im Osten leben, zu töten. Kommt mir nicht mit diesen Einberufungen. Ich werde an diesem Bruderkrieg nicht teilnehmen“

Das erklärte Ruslan Kotsaba am 23. Januar 2015 in einem Beitrag in YouTube gegenüber dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Wenige Wochen später wird er festgenommen und wegen "Landesverrats" und "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine" angeklagt. Nach 16 Monaten Untersuchungshaft unter unmenschlichen Bedingungen verurteilt ihn das Gericht in Iwano-Frankiwsk zu 3,5 Jahren Haft. Das Berufungsgericht spricht ihn kurze Zeit später frei.

Die Staatsanwaltschaft beantragte aber eine erneute Aufnahme des Verfahrens, dem das Oberste Gericht im Juni 2017 folgte. Es ordnete eine erneute Verhandlung an. Der nächste Prozesstermin soll am 20. September vor dem Gericht in Kolomyja stattfinden. Anlässlich von vorherigen Prozessterminen wurde Ruslan Kotsaba zwei Mal von Neonazis angegriffen und schwer verwundet.

Amnesty International hatte Ruslan Kotsaba 2015 als politischen Gefangenen anerkannt. Connection e.V., DFG-VK und andere fordern, den Freispruch aus 2016 zu bestätigen und das Strafverfahren einzustellen.

Eine Information von



Connection e.V.

Von-Behring-Str. 110, D-63075 Offenbach

Tel.: 069-8237 5534, Fax: 069-8237 5535

eMail: office@Connection-eV.org

Ukraine: Der Fall Ruslan Kotsaba

Chronologie

23. Januar 2015: Der aus der Ukraine stammende Ruslan Kotsaba hat die Proteste am Maidan unterstützt. Anfang 2015 wendet er sich in einer Botschaft auf *YouTube* gegen die Kriegführung im Osten des Landes. In seiner Botschaft an Präsident Petro Poroschenko erklärt der freiberufliche Journalist, er werde sich der Einberufung verweigern. Er ruft seine Landsleute auf, ebenfalls den Kriegsdienst zu verweigern und sich der Einberufung zur Armee zu widersetzen. Er betont dabei, dass er die Mobilisierungen, die zu dieser Zeit in der Ukraine stattfinden, als widerrechtlich ansieht, da die ukrainische Regierung keinen Krieg erklärt habe.¹ In weiteren Erklärungen betont er, dass er sich als Christ auch dem göttlichen Gebot "Du sollst nicht töten" verpflichtet fühlt.²

7. Februar 2015: Ruslan Kotsaba wird festgenommen und wegen "Landesverrats" und "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine" angeklagt.

Ab Februar 2015: Die Staatsanwaltschaft benennt etwa 60 Zeugen, die nach und nach zu den monatlichen Gerichtsterminen eingeladen werden. Viele der Zeugen erscheinen jedoch nicht zu den Verhandlungen, so dass sich letztlich der Prozess über Monate hinzieht, ohne weitere Erkenntnisse zu bringen. Die Haftbedingungen der Untersuchungshaft sind menschenunwürdig.

5. Februar 2016: Ein Jahr nach der Festnahme erhält Ruslan Kotsaba erstmals Gelegenheit, vor Gericht Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen. Er nutzt in seiner zweistündigen Aussage die Gelegenheit, seine ablehnende Haltung zum Krieg und seine Kriegsdienstverweigerung zu bekräftigen. Zudem setzt er sich intensiv mit der Anklageschrift auseinander und macht deutlich, dass er sich demokratischen Regeln journalistischer Arbeit verpflichtet fühlt und sich auch entsprechend verhalten habe.

12. Mai 2016: Das Gericht in Iwano-Frankiwsk verkündet das Urteil: 3,5 Jahre (42 Monate) Haft. Es weist zwar den Vorwurf des "Landesverrats" zurück. In keinem der von der Anklage vorgelegten Beweise, auch nicht in Abhörprotokollen, seien Hinweise zu finden, dass Kotsaba mit seinen öffentlichen Auftritten vorsätzlich und unmittelbar einem ausländischen Staat bei Subversionstätigkeiten gegen die Ukraine Hilfe geleistet habe. Die Verfassung der Ukraine garantiere zudem Meinungsfreiheit. Ruslan Kotsabas Äußerungen seien durch die Verfassung gedeckt.

Das Gericht bestätigt aber die Anklage wegen "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine". Seine Erklärungen hätten sich nicht auf präzise Fakten gestützt, sondern Bürger vielmehr dazu animiert, sich der Einberufung und der Aufgabe der Verteidigung des Staates zu entziehen. Das Gericht geht nicht auf den Verweis von Ruslan Kotsaba ein, dass die Mobilisierungen unrechtmäßig seien, da die Ukraine formell gar keinen Krieg erklärt habe.

Das Urteil legt auch fest, dass aufgrund der harten Haftbedingungen in der Untersuchungshaft nach Artikel 72, Absatz 5, diese doppelt angerechnet wird.

14. Juli 2016: Nach einer durch Ruslan Kotsaba eingelegten Berufung stellt das Berufungsgericht das Verfahren ein und verfügt die Freilassung von Ruslan Kotsaba nach über 16 Monaten Haft.

1. Juni 2017: Das Oberste Gericht für Zivil- und Strafsachen der Ukraine hebt das Urteil des Berufungsgerichts auf, da die Strafprozessordnung nicht eingehalten worden sei. Insbesondere seien die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweismittel durch das Berufungsgericht nicht erneut vollständig geprüft worden.

3. November 2020: Das Verfahren wird vor dem Gericht in Kolomyja erneut verhandelt. Der Vorwurf lautet erneut auf "Landesverrat" und "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine".

¹ <http://www.youtube.com/watch?v=6NICtID6PEo>

² Ruslan Kotsaba an Iwano-Frankiwsker Eparchie der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche

22. Januar 2021: Das Verfahren wurde fortgesetzt. Vor dem Gerichtsgebäude wurden Ruslan Kotsaba und seine Anwältin Tatjana Montian von Rechtsextremen mit dem Inhalt eines Feuerlöschers attackiert. Die Polizei schritt nach dem Angriff ein, nahm aber keinen der Angreifer fest.

25. Juni 2021: Ruslan Kotsaba wurde am Bahnhof von Ivano-Frankivsk von Neonazis angegriffen. Er unterzog sich einer Augenoperation, um sein Augenlicht zu retten, da er durch die Chemikalie „Zelenka“ eine Verbrennung der Netzhaut erlitten hat. Der Angriff stand wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Gerichtsverhandlung am 29. Juni.

20. September 2021: Die nächste Gerichtsverhandlung soll zu diesem Termin in Kolomyja stattfinden.

„Ich hoffe, dass wir Frieden erreichen können“

Ruslan Kotsaba am 24.1.2018 in Mainz

Am 24. Januar 2018 sprach der ukrainische Journalist und Kriegsdienstverweigerer auf einer Veranstaltung in Mainz über die Lage in der Ukraine, den Krieg und Widerstände in der Bevölkerung. Wir dokumentieren hier seinen Redebeitrag. (d. Red.)

Ich freue mich sehr, hier sein zu können. Dass sie mich hier sehen können, das hat auch mit Ihrem Engagement zu tun. Sie haben mich unterstützt, als ich im Gefängnis saß. Es kam sogar eine Delegation zu meiner Verhandlung. Das hat mir sehr geholfen.

Ich bin gerade aus Straßburg eingetroffen. Dort hatte ich Gelegenheit, vor allem mit Abgeordneten der Linken im Europäischen Parlament zu reden. Wir sprachen unter anderem über die Repressionen, denen Journalisten im Kriegsgebiet des Donbass´ ausgesetzt sind. Die Linken wollen das auf die Agenda des Europäischen Parlaments setzen.

Ich möchte heute berichten, warum die Journalisten, die unabhängig aus dem Kriegsgebiet über die Kampfhandlungen berichten wollen und sich gegen den Krieg wenden, von der heutigen Regierung in der Ukraine unter Druck gesetzt und eingesperrt werden.



Ich war einer der ersten Journalisten, die am Anfang des Konflikts von beiden Seiten akkreditiert wurden, in der Ukraine und in meinem Fall auch von der Volksrepublik Lugansk.

Und nachdem ich auf beiden Seiten gesehen habe, was passierte, hat mich das zum überzeugten Pazifisten gemacht.

Ich glaube, heute Abend sind auch Menschen unter uns, die sich erinnern, was die Schrecken eines Kriegs bedeuten. Ich will Ihnen berichten, was heute in der Ukraine geschieht.

Der Krieg ist jetzt im vierten Jahr. Selbst nach den offiziellen Angaben der ukrainischen Regierung gab es bereits mehr als 10.000 Tote, darunter mehr als 200 Kinder unter 11 Jahren.

Viele haben bereits verstanden, dass es nicht nur einfach ein Krieg oder eine antiterroristische Aktion ist, die in der Ukraine passiert. Es ist vielmehr ein Geschäft der Oligarchen. Die offizielle Bezeichnung *Anti-Terror-Operation* dient lediglich zur Verschleierung des Geschäfts, das im Zusammenhang mit dem Krieg betrieben wird. Dabei geht es um Waffenhandel, um Organhandel sowie weitere Interessen.

Mich macht es sehr betroffen, dass heute in Europa, in der Ukraine, jeden Tag Menschen durch den Krieg sterben. Ich verstehe Ihr Engagement daher auch als einen Dienst an der Humanität. Ich betrachte und bezeichne die Situation als humanitäre Katastrophe. Der Zivilisationsprozess wird durch Kriege zurückgeworfen. Die Entwicklung eines friedlichen Miteinanders der Menschen wird durch Kriege verhindert. Wenn die Politiker die Probleme nicht mit militärischen, sondern mit diplomatisch-politischen Methoden lösen würden: Man traut sich kaum vorzustellen, wie weit wir dann schon gekommen wären.

Bereits jetzt gibt es mehr als 350.000 offiziell erfasste Soldaten, die als Teilnehmer von Kampfhandlungen angesehen werden. Sie alle waren in einem Gebiet, das offiziell als Gebiet der *Anti-*

Terror-Operation bezeichnet wird. Ich bezeichne es als Bürgerkriegsgebiet. Warum? Weil dort Menschen mit ukrainischen Pässen auf andere mit ukrainischen Pässen schießen. Darüber hinaus kämpfen dort Söldner aus anderen Ländern, die gegen Geld Menschen töten. Ich habe sie selbst gesehen.

In einem Bürgerkrieg kann es keine Gewinner geben, nur Verlierer. Die Gewinner eines Bürgerkriegs sind Dritte, die außerhalb des eigentlichen Landes stehen, die an dem Konflikt ein Interesse haben.

Die 350.000 Soldaten, die im Donbass waren, stellen für die Gesellschaft eine große Hypothek dar. Aufgrund der Erfahrungen, die sie im Krieg gemacht haben, wird es für die gesamte Gesellschaft sehr viel schwieriger werden, zum Frieden zurückzufinden. Die Ukrainer sind ein friedliebendes Volk. Ich war froh, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Ukraine das einzige Land war, in dem es keine großen Kampfhandlungen gegeben hat. Aber nun befinden wir uns im Krieg, der nicht nur an der Front, sondern auch in den Köpfen der Menschen stattfindet. Das ist schrecklich, weil diese Situation auch nach Ende des Krieges fortbesteht.

Leider ist die ukrainische Regierung sowohl an den Kampfhandlungen interessiert, wie auch an der damit verbundenen Propaganda. Und hier kommen wir zur Frage der journalistischen Arbeit. Sobald nämlich ein Journalist unabhängig über die Kämpfe oder Entwicklungen zu berichten sucht, und dabei auch die eigene Regierung kritisiert, wird er in der Ukraine zu einem Freund von Putin, Putinverstehender oder Agenten der anderen Seite erklärt und diffamiert.

Wir wissen sehr wohl, dass Putin wie auch Poroschenko nicht ewig leben werden. Aber die Länder, wie Ukraine, Polen und Russland, werden Nachbarn bleiben. Mit verfeindeten Nachbarn kann man aber perspektivisch nicht gut leben. Eine kluge Politik würde versuchen, friedlich mit den Nachbarstaaten zusammen zu leben. Davon würden beide Seiten profitieren.

Nur ein Zyniker, ein bössartiger oder ein intellektuell eingeschränkter Mensch kann Interesse an einem Krieg haben. Ich glaube aber nicht, dass die ukrainische Regierung intellektuell eingeschränkt ist. Ich muss daher annehmen, dass sie Zyniker oder bössartig sind.

Vergangene Woche hat die Rada, das ukrainische Parlament, ein neues Gesetz angenommen, mit dem die Reintegration des Donbass geregelt werden soll. Das Gesetz gibt dem Präsidenten Sonderrechte für seine Politik gegenüber dem Donbass. Er erhält das Recht, alle Gebiete zu Sonderzonen und geografisch begrenzt zu Kriegsgebieten zu erklären. Er kann das per Erlass verfügen und muss dazu nicht das Parlament oder das Komitee für staatliche Sicherheit um Zustimmung bitten.

Damit steht ihm z.B. die Möglichkeit offen, im Falle von Wahlen Kriegsgebiete zu erklären und damit dort die Durchführung der Wahl zu unterbinden. Auf diese Weise kann er missliebige Gebiete ausschließen und die Wahlen manipulieren.

Um Kriegsgebiete zu erklären, ist es für einen Zyniker leicht, zu provozieren, z.B. Milizen hineinzuschicken, die Leute zusammenschlagen oder ähnliches. Letztlich bedeutet das, dass das Gesetz in höchstem Maße gefährlich ist und zu einem weit ausgedehnteren Krieg führen kann.

Ich hatte schon angesprochen, dass Oligarchien in der Ukraine die Politik bestimmen. Ich will das noch näher ausführen.

Hier in Deutschland gibt es verschiedene Parteien, Sozialdemokraten, die Linke, die Grünen und andere. Die müssen miteinander um die Wähler konkurrieren.

In der Ukraine gehören die Politiker zwar unterschiedlichen Parteien an – und so sind im Parlament auch unterschiedliche Fraktionen. Aber faktisch stehen sie auf der Lohnliste bestimmter Oligarchen. Wenn es nötig ist, können sich diese über die Fraktionen hinweg zu Blöcken zusammenschließen und entsprechend der Anweisungen des Oligarchen abstimmen. Deswegen werden sie

auch eher als Blöcke bezeichnet. So ist auch der Beschluss für das Gesetz zur Reintegration zustande gekommen.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen über die Situation derjenigen berichten, die sich dem Kriegsdienst entziehen. Als überzeugter Pazifist habe ich erst vorgestern auf einer ukrainischen Internetseite mit Genuss gelesen, dass die derzeitige Mobilisierung in Schwierigkeiten steckt und immer weniger Leute bereit sind, sich für den Kriegsdienst einzulassen. Ich habe das gleich auf meiner Facebook-Seite gepostet.

Die Menschen verstehen, dass der Krieg das Ende der zivilen Gesellschaft bedeutet. Auf der anderen Seite sucht der Staat bzw. die Regierung solche pazifistischen Strömungen zu unterdrücken.

Ein Beispiel dafür ist ein Freund von mir, Eduard Kowalenko. Er schrieb über meinen Fall, dass ich als Journalist den Krieg als Bürgerkrieg bezeichnet habe und nicht bereit war, am Krieg teilzunehmen. Dafür wurde er zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Ich kam nach 16 Monaten frei, aber er, der über das Verfahren berichtet hatte, sitzt immer noch im Gefängnis. Vor einem Monat ist seine Berufung abgewiesen worden, so dass er jetzt keine juristischen Möglichkeiten mehr hat, dagegen vorzugehen.

Eine andere Form der Unterdrückung ist, dass die Regierung zur Einschüchterung von Pazifisten Nationalisten einsetzt. So ist es mir passiert. Ich wurde von Nationalisten überfallen, der Gruppe S14, dem Sektor ASOF. Als ich zur Polizei ging und Anzeige erstatten wollte, nahm die Polizei die erst gar nicht auf. Diejenigen, die mich überfallen haben, hatten selbst Polizeiausweise. Sie waren zuvor Freiwillige in dem sogenannten Gebiet der Anti-Terror-Operationen. Nach ihrer Rückkehr blieben sie in der Nationalgarde und gehören damit formell der Polizei an.

Mir liegt am Herzen, dass sie folgendes verstehen: Wenn es in der Ukraine weiterhin Krieg gibt, ist das auch für Deutschland schlecht. Denn die Probleme dieses Konfliktes, das geopolitische Ringen zwischen Russland und den USA, werden sich in erster Linie auf Europa auswirken, vor allen Dingen auf Deutschland als Zugführer der Europäischen Union.

Wenn Frieden herrscht, wäre das auch für Deutschland von Vorteil. Alle Entwicklungen hängen stark voneinander ab. Ich hoffe auch, dass meine Zeit als überzeugter Pazifist im Gefängnis nicht sinnlos war und wir Frieden erreichen können.

Politisches Verfahren gegen Kriegsgegner

Zusammenfassung

Connection e.V. und die *Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen* (DFG-VK) sehen die Strafverfolgung von Ruslan Kotsaba als politische Verfolgung an. Vorgehalten wird Ruslan Kotsaba offenbar nach wie vor, dass er sich öffentlich gegen die Politik der ukrainischen Regierung gestellt hat und zu einem Ende des "Bruderkrieges" und zu Verhandlungen mit den Separatisten im Osten des Landes aufruft. Nur so ist zu erklären, warum die ukrainischen Behörden in so scharfer Form gegen ihn vorgehen.

Hinzuweisen ist hier auf den im ersten Verfahren erfolgten Versuch der Staatsanwaltschaft in Iwano-Frankiwsk, mit äußerst fragwürdigen Mitteln eine Verurteilung des Journalisten wegen "Landesverrats" zu erreichen. Es ist zugleich als Drohung gegen weitere kritische Äußerungen gegen den Krieg zu werten, da in solchen Fällen eine ähnliche Strafverfolgung erfolgen würde - und offensichtlich auch zugelassen würde.

Zudem erreichte die Staatsanwaltschaft über die Bestellung von über 60 Zeugen, dass sich das erste Verfahren über Monate in die Länge hinzog und Ruslan Kotsaba infolgedessen unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Untersuchungshaft verbleiben musste. Das Gericht bestätigte dies in seinem Urteil indirekt, indem es die Zeit der Untersuchungshaft bei der Gesamtstrafe doppelt anrechnete. Die Untersuchungshaft wurde so im Fall von Ruslan Kotsaba selbst zu einer Bestrafung.

Mit der Neuaufnahme des Verfahrens droht Ruslan Kotsaba eine erneute Inhaftierung und Verurteilung. Er unterliegt so zum zweiten Mal menschenrechtswidriger Verfolgung. Darüber hinaus ist die Wiederaufnahme des Verfahrens ein Zeichen und eine Legitimation für Rechtsradikal, Ruslan Kotsaba anzugreifen, wie es im Januar und Juni 2021 geschehen ist.

Connection e.V. und *DFG-VK* halten auch den Aufruf von Ruslan Kotsaba, sich nicht am Krieg zu beteiligen, für legitim. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gilt in der Ukraine nur sehr eingeschränkt und entspricht nicht den u.a. vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte genannten Standards. Es wird nur Angehörigen von etwa einem Dutzend religiösen Gemeinschaften das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zugestanden. Zudem haben auch Reservisten keine Möglichkeit, den Kriegsdienst zu verweigern. Des weiteren weist Ruslan Kotsaba selbst darauf hin, dass die Mobilisierungen für den Krieg angesichts eines nicht erklärten Krieges fragwürdig waren. Dass Ruslan Kotsaba wegen seines Aufrufes zur Verweigerung des Kriegseinsatzes zu 42 Monaten Haft verurteilt wurde und ihm nach der Einstellung des Verfahrens durch das Berufungsgericht nun erneut der Prozess gemacht wird, ist in schärfster Form zu verurteilen und als politische Verfolgung zu werten.

Einige Hintergrundinformationen

Amnesty International

Gewaltloser politischer Gefangener

Amnesty International hatte Ruslan Kotsaba als ersten gewaltlosen politischen Gefangenen aus der Ukraine adoptiert. Die Organisation schreibt: "Members of the media are suffering harassment at the hands of the authorities. Among them is the journalist and prominent blogger Ruslan Kotsaba – recently named as Amnesty International's first Ukrainian prisoner of conscience in five years. He could face more than a decade in prison on the charge of 'high treason' and for his views on the armed conflict in eastern Ukraine.

Ruslan Kotsaba was arrested on 7 February (2015) in Ivano-Frankivsk, 130 km south-east of Lviv, after he posted a video describing the conflict as "the Donbas fratricidal civil war". He also expressed opposition to military conscription of Ukrainians to take part in the conflict.

After being formally charged on 31 March with 'high treason', he faces up to 15 years in prison, as well as up to an eight-year sentence on a further charge of 'hindering the legitimate activities of the armed forces'. Amnesty International has called for his immediate and unconditional release, and we see his treatment as a brazen restriction on the right to freedom of expression."³

Europäisches Büro für Kriegsdienstverweigerung⁴

Angriffe gegen Ruslan Kotsaba

Am 25. Juni 2021 wurde der Vorsitzende der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, Ruslan Kotsaba, auf dem Bahnhof von Iwano-Frankiwsk von einer Neonazi-Bande angegriffen. Später wurde er operiert, um sein Augenlicht zu retten, da seine Netzhaut mit der Chemikalie "Zelenka" verbrannt worden war. Die Ärzte diagnostizierten eine Hornhautverbrennung an einem Auge, und er befindet sich nun in augenärztlicher Behandlung. Der Angriff steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der für Dienstag, den 29. Juni, angesetzten Gerichtsverhandlung gegen Ruslan Kotsaba. EBCO schließt sich dem Aufruf der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung an, die die Polizei auffordert, den abscheulichen und grausamen Akt politischer Gewalt von Rechtsradikalen zu untersuchen, die sogar offen in sozialen Netzwerken mit ihrer Tat prahlen.

Leider war dies nicht das erste Mal, dass Ruslan Kotsaba angegriffen wurde. Bereits bei seinem Prozess am 22.01.2021 waren Ruslan, seine Anwältin und seine Mutter auf dem Weg zum Gericht von einem rechtsextremen Mob angegriffen worden, der einen "Korridor der Schande" bildete, durch den Ruslan gehen musste. Er wurde mit einem Feuerlöscher besprüht, und der Mob skandierte "Tod den Feinden! Ukraine über alles!"

"EBCO ist schockiert über den erneuten Angriff sowie über die Straffreiheit der Kriminellen, die Ruslan Kotsaba, seine Mutter und seine Anwältin am Tag seines Wiederaufnahmeverfahrens am 22. Januar 2021 in der Nähe des Bezirksgerichts von Kolomyia angegriffen und erneut sein Leben bedroht haben. Wir fordern die ukrainischen Behörden auf, dafür zu sorgen, dass die Anstifter zu Hass und Gewalt unverzüglich verhaftet und zur Rechenschaft gezogen werden", erklärte Alexia Tsouni, EBCO-Präsidentin.

³ Amnesty International: Ukraine's spate of suspicious deaths must be followed by credible investigations. 17. April 2015. www.amnesty.org/en/latest/news/2015/04/ukraine-suspicious-deaths-need-credible-investigations

⁴ EBCO: Press statement June 28, 2021. Excerpts. <https://ebco-beoc.org/node/505>

Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung⁵

(20.12.2020) Während der aufgrund von Covid-19 um einen Monat verschobenen Einberufungskampagne im Frühling wurden von Mai bis Juli 2020 16.460 Wehrpflichtige einberufen, im Herbst von Oktober bis Dezember 2020 waren es weitere 13.570 Wehrpflichtige. 2020 wurden also insgesamt 30.030 Personen zum Militär berufen, 88,5% im Vergleich zum Vorjahr (33.952). Das Verteidigungsministerium erklärte zugleich, dass 4.166 Wehrpflichtige im Jahr 2020 ihren 18-monatigen Militärdienst und 300 den 12-monatigen Militärdienst abgeleistet hätten und entlassen worden seien.

Nach Angaben der lokalen Verwaltungen an die *Ukrainische Pazifistische Bewegung* haben 2020 1.538 Kriegsdienstverweigerer einen alternativen Dienst abgeleistet. 95% von ihnen leisteten den 27 Monate dauernden Dienst ab. In den letzten Jahren wurden 20% der Anträge auf Ableistung des alternativen Dienstes wegen Fristversäumnis abgelehnt, etwa 2% wegen fehlender Beweise für religiöse Überzeugungen (wie z.B. eine Bestätigung der Mitgliedschaft in einer Kirche) und etwa 1% wegen Nichterscheinens des Antragstellers vor der lokal für den alternativen Dienst zuständigen Verwaltung. Diesen Stellen gehört üblicherweise ein Offizier des Militärkommissariats an. Es besteht zumeist aus Beamten, von denen einige Reservisten sein können.

Der alternative Dienst steht nur religiösen Verweigerern offen, die einer der Religionsgemeinschaften angehören, die im Regierungserlass von 1999 aufgeführt sind. Soldaten, die eine Kriegsdienstverweigerung entwickeln, haben keine Möglichkeit der Anerkennung. Eine freiwillige Entlassung aus dem Militärdienst ist in aller Regel nicht möglich. Dies gilt auch für Wehrpflichtige, die gegen ihren Willen einer Militäreinheit überstellt werden.

Die in der Ukraine weit verbreitete Korruption ist für viele junge Menschen nach wie vor fast die einzige Möglichkeit, den Militärdienst zu vermeiden. Pressemitteilungen der Polizei zufolge wurden im Jahr 2020 zehn Beamte der Militärkommissariate und Militärärzte verhaftet, weil sie Bestechungsgelder von Wehrpflichtigen in Höhe von 500 bis 2.700 US-Dollar angenommen hatten. Außerdem wurde im Mai 2020 der Direktor zur Wiedereingliederung von Angehörigen der Antiterror-Operationen, für gemeinsame Operationen und alternativen Dienst im Bezirk Khmelnytskyi wegen Erpressung von Bestechungsgeldern in Höhe von 1.000 US-Dollar, einer Schachtel Süßigkeiten und Kaffee für eine rückwirkende Registrierung von Anträgen zur Ableistung des Alternativen Dienstes und Sicherstellung zur Genehmigung des Antrages festgenommen.

2020 wurden drei Fälle von Selbstmord von Wehrpflichtigen in Kiew und im Gebiet Schytomyr von den Medien gemeldet. Der Psychotherapeut Mikhailo Matiash teilte in seinem Artikel in der Zeitung *Dzerkalo Tyzhnia* mit, dass eine Umfrage unter Berufssoldaten und Wehrpflichtigen, die an dem bewaffneten Konflikt in der Ostukraine teilgenommen hatten, eine hohe Neigung zum Selbstmord zeigte. Diese Aussage des Experten ist besonders bemerkenswert, da das Verteidigungsministerium der Ukraine nach wie vor behauptet, dass Wehrpflichtige niemals an den Kämpfen im Donbass teilgenommen haben, obwohl diese Aussage wiederholt öffentlich bestritten wurde.

Von Januar bis November 2020 wurden 3.361 Strafverfahren gegen Militärdienstentzieher aufgrund der Artikel 335 bis 337 und 407 bis 409 des Strafgesetzbuches der Ukraine registriert, darunter 18 Fälle wegen Selbstverstümmelung. Wegen ähnlicher Straftaten wurden 2019 insgesamt 190 Wehrflüchtige und Deserteure inhaftiert, 117 verhaftet, 24 in Disziplinareinheiten überstellt und 380 von Gerichten mit Geldstrafen belegt.

Im Jahr 2020 wurde der ukrainische Journalist, Pazifist und Kriegsdienstverweigerer Ruslan Kotsaba erneut in Kolomyja in der Region Iwano-Frankiwsk vor Gericht gestellt, weil er 2015 ein Video veröffentlicht hatte, in dem er zum Boykott der Mobilisierung für den bewaffneten Konflikt in der

⁵ *Ukrainische Pazifistische Bewegung: Ukraine – Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung. 20.12.2020 in: Rundbrief "KDV im Krieg", Februar 2021. <https://de.connection-ev.org/article:ukraine-wehrpflicht-und-kriegsdienstverweigerung>*

Ostukraine aufrief. Für seine öffentlichen Äußerungen gegen den Krieg wird er wegen „Landesverrats“ und „Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine“ angeklagt. Kotsaba war bereits 524 Tage in Haft und wurde 2016 freigesprochen. Sein derzeitiges Wiederaufnahmeverfahren ist das Ergebnis einer politisch motivierten Strafverfolgung und des rechtsextremen Drucks auf die Justiz. Die Staatsanwaltschaft fordert das Gericht auf, ihn zu 13 Jahren Haft und Beschlagnahmung seines Vermögens zu verurteilen, was eine eindeutig unverhältnismäßige Bestrafung darstellen würde. EBCO forderte das sofortige und bedingungslose Ende der Strafverfolgung gegen Kotsaba.⁶

In Kiew und Charkiw wurden junge Männer im Alter von 18 bis 19 Jahren gegen ihren Willen zur Armee gebracht, obwohl die Ableistung der Wehrpflicht vor dem 20. Lebensjahr freiwillig erfolgen soll. Die Medien berichteten von der „Jagd nach Wehrpflichtigen“ auf Straßen und in Restaurants in Ternopil, Odessa und Iwano-Frankiwsk.

Im Juli 2020 wurden die Masterstudenten Igor Drozd und Georgy Vershapidze gegen ihren Willen vom Militärkommissariat des Bezirks Desniansky in Kiew einer Militäreinheit überstellt und illegal inhaftiert, obwohl sie das Recht hatten, sich wegen ihres Studiums zurückstellen zu lassen. Die Medien berichteten über ihre Geschichte. Ein Assistent des Kommissars für Menschenrechte des ukrainischen Parlaments (UPCHR) überprüfte das Militärkommissariat und stellte diese und weitere Verstöße fest, beispielsweise die nicht freiwillige Einberufung von Wehrpflichtigen unter 20 Jahren. Die jungen Männer wurden freigelassen.

Im August berichtete das UPCHR-Büro, dass ein Telegram-Bot eine Liste von 6.907 Soldaten veröffentlicht habe, die ihre Militäreinheiten verlassen hätten, wobei personenbezogene Daten ohne Erlaubnis verwendet wurden.

In mehreren Regionen der Ukraine wurden Corona-Tests für Wehrpflichtige eingeführt. Am 16. Dezember 2020 berichtete das Sanitätskommando der Streitkräfte, dass 3.186 Personen in den Streitkräften infiziert seien. Für den 31. Dezember wurde berichtet, dass 1.937 Soldaten krank seien. Insgesamt gab es während der Pandemie 38 Todesfälle und 12.026 Soldaten, die wieder gesund wurden.

Am 8. April 2020 antwortete der Vertreter des UPCHR auf eine Petition der *Ukrainischen Pazifistischen Bewegung*, mit der diese forderte, die Wehrpflicht für die Zeit der Pandemie auszusetzen. Er äußerte sich zum Fall des Soldaten Oleh Chuiko und informierte darüber, dass der Kommissar eine Frage zur Prävention der Ausbreitung von Covid-19 unter Soldaten eingereicht habe. Er informierte auch darüber, dass der Kommissar 2019 mehr als 50 Beschwerden von Wehrpflichtigen und ihren Angehörigen erhalten habe, bei denen mehr als 100 Verletzungen der Menschenrechte durch Angehörige der Militärkommissariate vorgebracht wurden. Der Kommissar habe notwendige Maßnahmen ergriffen, um die Verletzungen zu stoppen und sie in der Zukunft zu verhindern.

Nach dem Jahresbericht des UPCHR zu 2019 ergaben die Überprüfungen, dass in zahlreichen Fällen die Wehrpflichtkommissionen medizinische Unterlagen ignorierten, durch die darauf hingewiesen wurde, dass die Wehrpflichtigen ernsthafte gesundheitliche Probleme haben. Ignoriert wurden auch Dokumente, die sie aufgrund familiärer Umstände zur Zurückstellung berechtigten. Das verstößt nicht nur gegen das gesetzlich garantierte Recht einer Person auf Zurückstellung, sondern stellt in einigen Fällen auch eine echte Bedrohung für die Gesundheit und das Leben des Wehrpflichtigen oder seiner Familienangehörigen dar, die aufgrund der Wehrpflicht ihres Sohnes ohne notwendige Versorgung und Sicherheit zurückgelassen werden.⁷

In einer Vorlage an das UN-Menschenrechtskomitee aus dem Jahr 2019 informierte der Europäische Verein der Zeugen Jehovahs, dass die Regionalverwaltung von Dnjepropetrowsk alle Anträge auf Ableistung des Alternativen Dienstes von Zeugen Jehovahs abgewiesen hätte, da das Ge-

⁶ Brussels 8-12-2020 - OPEN LETTER to Court - EBCO calls for the dropping of all charges against Ruslan Kotsaba, <https://ebco-beoc.org/node/478>

⁷ Annual report of the Ukrainian Parliament Commissioner for Human Rights on the observance and protection of human rights and freedoms of citizens of Ukraine, 2019, http://ombudsman.gov.ua/files/2020/pendata/Zvit%202019%20English_22.06.20.pdf

gesetz vorschreibe, dass Anträge spätestens zwei Monate vor Beginn der durch Präsidentenerlass festgelegten Einberufungskampagne eingereicht werden müssen. Die Erlasse wurden aber in den letzten Jahren in der Regel später als zwei Monate vor der Einberufungskampagne verkündet.⁸ Im Jahr 2020 wurde der Erlass drei Monate zuvor herausgegeben.

Laut Statistiken der Regionalverwaltungen von Dnjepropetrowsk erhielten 68 Kriegsdienstverweigerer in den Jahren 2015 bis 2020 eine Anerkennung, darunter 50 Zeugen Jehovas. 30 Anträge wurden abgelehnt, sechs wegen Fristversäumnis, vier wegen fehlender Nachweise für die Echtheit der religiösen Überzeugung und zehn wegen Vermeidung der Ableistung des alternativen Dienstes.

Am 1. Oktober 2020 äußerte der *Internationale Versöhnungsbund* (IFOR) auf dem 31. Treffen der 45. Tagung des Menschenrechtsrates seine Besorgnis über die gegenwärtigen Verstöße gegen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine. Er stellte eine unverhältnismäßige Dauer des alternativen Dienstes und mangelhaften Zugang zum Arbeitsmarkt für diejenigen fest, die keine Erfassung vorlegen können. Der *Versöhnungsbund* betonte, dass eine verfassungsrechtlich verankerte Pflicht zum Schutz der territorialen Integrität des Landes das international geschützte Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht außer Kraft setze. Die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sei ein uneingeschränktes Recht und es gelte auch unabhängig davon, ob es einen bewaffneten Konflikt gäbe. IFOR forderte die Ukraine auf, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im neuen Menschenrechtsaktionsplan vollständig umzusetzen.

Außerdem gab IFOR am 18. Dezember 2020 auf der Sitzung des Menschenrechtsrates eine Erklärung ab, dass der alternative Dienst in der Ukraine Strafcharakter aufweise und diskriminierend sei. Zudem sei es kaum möglich ihn abzuleisten. IFOR wies auf die Situation von 24 Angehörigen der Pfingstgemeinde hin, Kriegsdienstverweigerer aus dem Hoshcha Rayon des Bezirks Rivne, die keinen alternativen Dienst ableisten können, da ihnen keine Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen der Regelungen des alternativen Dienstes angeboten werden. IFOR äußerte sich besorgt über die Verabschiedung des Gesetzes 3553 durch das Parlament in erster Lesung, das Menschenrechte verletze. Weiterhin zeigte sich IFOR besorgt über die Fortsetzung des Prozesses gegen den Pazifisten Ruslan Kotsaba wegen seines Videos von 2015, in dem er seine Opposition zur Mobilisierung zum bewaffneten Konflikt in der Ostukraine zum Ausdruck brachte.

Gesetzentwurf sieht Verschärfungen vor

Der vom Präsidenten der Ukraine vorgeschlagene Gesetzentwurf 3553 „Über die Änderungen mehrere Gesetzgebungsakte der Ukraine zur Verbesserung einiger Aspekte der Durchführung des Militärdienstes und der Erfassung“ wurde vom Parlament in erster Lesung angenommen. Zusammen mit der Umstrukturierung des Systems der Militärkommissariate in „Territoriale Zentren für Rekrutierung und soziale Unterstützung“ (TCRSS) sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- vor Aufnahme einer Beschäftigung ist eine (militärische) Erfassung erforderlich;
- unklare Definitionen von Ordnungswidrigkeiten gegen Erfassung und Militärdienst und hohe Geldstrafen (50 bis 100mal höher als bislang); Befugnis der TCRSS, solche Geldstrafen zu verhängen;
- Verhaftungen und zwangsweise Überstellung zur TCRSS bei Vergehen gegen die Verwaltungsvorschriften, was wie eine Legalisierung der gegenwärtig informellen Praxis der Jagd auf Wehrpflichtige auf den Straßen durch Polizei und Angehörige der Militärkommissariate aussieht wie auch der willkürlichen Verhaftung von Wehrpflichtigen. Über diese Praxis hatte

⁸ European Association of Jehovah's Witnesses Submission to the UN Human Rights Committee, https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CCPR/Shared%20Documents/UKR/INT_CCPR_ICO_UKR_36874_E.pdf

unter anderem die UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechte in der Ukraine berichtet;⁹

- strafrechtliche Verfolgung bei Vermeidung der Erfassung, Vermeidung von Versammlungen zur militärischen Ausbildung und Vermeidung der Wehrpflicht „in außerordentlichen Zeiten“ (wie sie nach dem Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine 2014 erklärt wurden) mit hohen Geldstrafen bis hin zu fünf Jahre Haft. Der Schwerpunkt liegt auf der Strafverfolgung von Reservisten, die sich Übungseinheiten und Mobilisierung entziehen, was eine weitere zwangsweise Militarisierung der männlichen Bevölkerung bedeuten könnte, da Wehrpflichtige, die ihren Militärdienst abgeleistet haben, als Reservisten gelten. 40% von ihnen sollen überredet worden sein, sich zum Militärdienst zu verpflichten;
- zwangsweise „Erfassung“ von Kriegsdienstverweigerern nach der Entlassung aus dem alternativen Dienst;
- Befugnis des Präsidenten der Ukraine als Oberbefehlshaber, Reservisten in einer „außerordentlichen Zeit“ für bis zu sechs Monate zu mobilisieren;
- personenbezogene Daten von Personen können ohne deren Zustimmung in das Einheitliche Register der Wehrpflichtigen, Militärangehörigen und Reservisten aufgenommen werden; Insbesondere werden die Daten automatisch aus dem Einheitlichen Demografischen Register übertragen. Das bedeutet, dass die gesamte männliche Bevölkerung ab 17 Jahren automatisch zur Erfassung in einem Militärregister aufgenommen werden kann;
- Studenten können in einer „außerordentlichen Zeit“ einberufen werden. Gegenwärtig haben sie ein Recht auf Zurückstellung;
- Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern beim Zugang zum öffentlichen Dienst, umgesetzt über eine „besondere Untersuchung der Einstellung zum Militärdienst“ für alle Kandidaten öffentlicher Ämter und der Forderung auf Vorlage eines Militärausweises bei der Jobsuche im öffentlichen Dienst.

Der wissenschaftliche Dienst des *Verchowna Rada* (Parlament) der Ukraine warnte, dass sich eine Verabschiedung des Gesetzes 3553 negativ auf die Rechte und Freiheiten der Bürger auswirken könnte.

Der Aufruf der *Ukrainischen Pazifistischen Bewegung*, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, wurde abgelehnt. Ein Offener Brief an den Präsidenten¹⁰ wurde vom Büro des Präsidenten weitergeleitet an das Verteidigungsministerium, das den Gesetzentwurf verfasst hatte. Der Antrag der *Ukrainischen Pazifistischen Bewegung*, Einwände gegen das Gesetz vortragen zu können, wurde vom Verteidigungsausschuss des Parlaments abgelehnt.

Vorschläge der *Ukrainischen Pazifistischen Bewegung* und des *Internationalen Versöhnungsbundes*, den Schutz des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung in die Nationale Menschenrechtsstrategie der Ukraine und den Aktionsplan für die Jahre 2021-2023 aufzunehmen, wurden ebenfalls abgelehnt, obwohl bereits 2013 das UN-Menschenrechtskomitee seine Besorgnis geäußert hatte, dass offenbar keine Maßnahmen ergriffen wurden, um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auf Personen auszudehnen, die nichtreligiöse Gewissensgründe oder auf andere Religionen beruhende Gewissensgründe haben. Zudem hat das Komitee betont, dass es Regelungen zu einem alternativen Dienst geben sollte, der allen Kriegsdienstverweigerern offenstehe ohne Diskriminierung hinsichtlich der Art der Überzeugungen (religiöse oder nichtreligiöse Gewissensgründe), die die Verweigerung rechtfertigen. Desweiteren sollte der alternative Dienst weder Strafcharakter aufweisen noch der Natur oder Länge nach im Vergleich zum Militärdienst diskriminierend

⁹ Human Rights Council document A/HRC/42/CRP.7 „Report on the human rights situation in Ukraine 16 May to 15 August 2019,“ 24. September 2019, Absätze 6, 49,

https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/ReportUkraine16May-15Aug2019_EN.pdf

¹⁰ Statement by Ukrainian Pacifist Movement: Bill № 3553 on Zelensky's military dictatorship should be withdrawn, <https://wri-irg.org/en/story/2020/statement-ukrainian-pacifist-movement-bill-no-3553-zelenskys-military-dictatorship>

sein.¹¹ Am 23. Oktober 2020 erklärte die Vertreterin des UPCHR für auswärtige Angelegenheiten, Natalia Fedorovych, in einem offiziellen Schreiben, dass die Empfehlungen des UN-Menschenrechtskomitees zum alternativen Dienst in der Ukraine nicht umgesetzt werden und der Kommissar der Auffassung ist, dass das Gesetz der Ukraine „Über einen alternativen (nicht-militärischen) Dienst“ gemäß Artikel 35 der Verfassung der Ukraine gründlich aktualisiert und verbessert werden sollte.

Eine Umfrage von *3e! News Telegram* und eine KRT-TV-Telefonumfrage zeigen, dass die Wehrpflicht in der Ukraine sehr unbeliebt ist. Im ersten Fall haben sich 2019 87% der Befragten gegen die Wehrpflicht ausgesprochen, im zweiten Fall stimmten 2020 91% der Befragten zu, dass der Militärdienst in der Ukraine freiwillig sein solle. Auf der Parlamentssitzung am 17. Juli 2020 sagte Verteidigungsminister Andriy Taran jedoch, dass die Wehrpflicht in der Ukraine auf absehbare Zeit fortgeführt wird und wies die Aussage seines Vorgängers Andriy Zahorodniuk zu einer möglichen Aufhebung der Wehrpflicht zurück.

Mit einem im November 2020 verabschiedeten Gesetz werden Angehörige des Staatlichen Notdienstes von der Wehrpflicht ausgenommen.

Wehrpflicht Russlands auf der Krim

Während der fortbestehenden illegalen Besetzung ukrainischer Gebiete kündigten die russischen Streitkräfte im Jahr 2020 die Wehrpflicht von 3.000 Einwohnern der Krim an, was gegen Artikel 51 der IV. Genfer Konvention und die Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen verstößt. Die Europäische Union verurteilte diesen Versuch der Durchsetzung der Wehrpflicht und rief Russland dazu auf, alle Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Rechts auf der Halbinsel Krim zu beenden.¹² Seit Beginn der Besetzung hat die Russische Föderation bereits elf Einberufungskampagnen durchgeführt, bei denen etwa 25.000 Personen illegal in die russischen Streitkräfte rekrutiert wurden.¹³ *Human Rights Watch* überprüfte Dutzende von Urteilen von Gerichten auf der Krim zu Strafvorwürfen wegen Militärdienstentziehung und zählte 71 Verfahren wegen Militärdienstentziehung und 63 Schuldsprüche. Die tatsächliche Zahl solcher Fälle ist höchstwahrscheinlich höher, da nicht alle Fälle und ergangenen Urteile öffentlich gemacht werden. In den meisten Fällen wurden die Angeklagten zu Geldstrafen zwischen 5.000 und 60.000 Rubel (77 bis 1.000 US-Dollar) bestraft.¹⁴

Kriegsdienstverweigerer auf der von Russland besetzten Krim können bei Militärkommissariaten die Ableistung eines alternativen Zivildienstes in staatlichen Unternehmen beantragen. Es liegt jedoch im Ermessen des Militärs, die „Authentizität“ ihrer Überzeugungen anzuerkennen oder nicht. Eine Ablehnung kann vor Gericht angefochten werden. Es gibt jedoch nur geringe Chancen auf eine Änderung der Entscheidung. Kriegsdienstverweigerer sehen sich schwerwiegenden Hindernissen für eine Anerkennung gegenüber, darunter Einschränkungen beim Verfahren, diskriminierender Misshandlung aus religiösen, politischen oder anderen Gründen. So wurde zum Beispiel bekannt, dass der Militärkommissar von Bakhchysarai forderte, dass ein Zeuge Jehovah seinen Glauben aufgibt, um einen Antrag stellen zu können, da die Zeugen Jehovahs in Russland verboten sind. Alexander Sedov, Experte der *Crimean Human Rights Group* sagte 2020 im Radio Liberty, dass Militärkommissariate Menschen daran hindern, einen Antrag auf Ableistung eines alternativen Dienstes zu stellen. Auch würden Beschwerden über unerträgliche Bedingungen mit

¹¹ Human Rights Committee, Concluding observations on the seventh periodic report of Ukraine (CCPR/C/UKR/CO/7) of 22. August 2013, Absatz 19, <https://undocs.org/CCPR/C/UKR/CO/7>

¹² EU statement on illegal conscription in occupied Crimea, 13 April 2020, URL: <https://wri-irg.org/en/story/2020/eu-statement-illegal-conscription-occupied-crimea>

¹³ Ukraine's Foreign Ministry statement on illegal conscription of Ukrainian citizens living in Crimea, <https://morocco.mfa.gov.ua/fr/news/zayava-mzs-ukrayini-shchodo-nezakonnogo-prizovu-ukrayinskih-gromadyan-shcho-prozhivayut-v-krimu-do-zbrojnih-sil-uf>

¹⁴ Human Rights Watch, "Crimea: Conscription Violates International Law," URL: <https://www.hrw.org/news/2019/11/01/crimea-conscription-violates-international-law>

Strafcharakter wie die Ableistung des Dienstes in sehr weit vom Heimatort entfernten Regionen oder über unhygienische Zustände der Unterkünfte kriminalisiert, indem die die Beschwerde als strafrechtlich relevante Entziehung vom alternativen Dienst gewertet würde.

Zwangsrekrutierungen im Donbass

Auf dem Gebiet des Donbass im Osten der Ukraine, wo die Regierung keine wirksame Kontrolle ausübt, führten die separatistischen Kräfte der von Russland unterstützten „Volksrepublik Donezk“ mit einer geschätzten Stärke von 20.000 Mann und der „Volksrepublik Luhansk“ mit einer geschätzten Stärke von 14.000 Mann eine Erfassung aller Männer ab 17 Jahren durch und beriefen Männer zwangsweise zu militärischen Übungen ein. Das umfasste Übungen in Militäreinheiten oder Lagern für zehn Tage. Militärdienstentzieher sind von Bestrafung bedroht. Im September 2020 erklärte der Führer der Volksrepublik Donezk, Denis Pushilin, die Einführung der Wehrpflicht, ohne in Details zu gehen. Die Medien informierten darüber, dass die Militärkommissariate in der Volksrepublik Luhansk ab 2021 eine Einberufung im Rahmen der Wehrpflicht in die russische Armee organisieren werden. Das betrifft insbesondere Männer mit 18 Jahren oder ältere mit einem russischen Reisepass, der der Bevölkerung in der Region massiv ausgestellt worden ist. In den Ankündigungen über die Einführung der Wehrpflicht zu separatistischen Kräften oder der russischen Besatzungsarmee im Donbass wird nicht erwähnt, ob das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung respektiert werden wird.